

**Antwort auf die INTERPELLATION zu den Verhandlungen mit der Wallonischen  
Region über Kompetenzübertragungen**

**11.09.2017**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
werte Kolleginnen und Kollegen,

um es gleich vorwegzunehmen:

die Regierung steht auch weiterhin zu allen Absichtsbekundungen und Grundsatzserklärungen, die in diesem Haus in Bezug auf den Ausbau unserer Autonomie und die Stellung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im belgischen Staatsaufbau beschlossen wurden.

Ich denke dabei insbesondere an 3 Dokumente :

- Die Note des RDG vom 26. Oktober 1998 über die Bewertung der föderalen Staatsstruktur;
- Die Resolution des RDG vom 06. Mai 2002 in Bezug auf die Ausübung regionaler Zuständigkeiten
- an die - im wahrsten Sinne des Wortes „wegweisende“ - Grundsatzserklärung des PDG vom 27. Juni 2011  
zur Positionierung der DG im Prozess der Staatsreform.

Aus diesen mit breiter Mehrheit beschlossenen Dokumenten ergibt sich 20 Jahren eine parteiübergreifende Grundhaltung in unserer Gemeinschaft:

Wir wollen ein gleichwertiger und gleichberechtigter Gliedstaat in Belgien sein!

Wir wollen genau das erhalten, was anderen Gliedstaaten in unserem Land zugestanden wird.

Wir sind bereit, gewillt und in der Lage ist,  
mit jeweils angemessenen Finanzmitteln oder Finanzierungsmöglichkeiten  
alle Zuständigkeiten wahrzunehmen,

die den belgischen Gliedstaaten im Rahmen der Staatsreform bisher übertragen wurden oder in Zukunft übertragen werden.“

Bislang gibt es in diesem Hause nur eine einzige Fraktion, die das anders sieht, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht zugestehen will, was andere erhalten, die die Deutschsprachige Gemeinschaft also nicht als gleichberechtigten Partner in Belgien behandelt sehen will : die VIVANT-Fraktion.

Alle anderen Fraktionen haben diesen Dokumenten zugestimmt.

Diese Dokumente sind bekanntlich Absichtserklärungen.

Wir können uns die eingeforderten Zuständigkeiten nicht selbst übertragen.

Wir müssen andere davon überzeugen, uns diese Zuständigkeiten zu übertragen.

Dazu bedarf es intensiver und dauerhafter Überzeugungsarbeit.

Diese Dokumenten enthalten einen Auftrag an die Regierung : sich in Verhandlungen durch Überzeugungsarbeit im Inland dafür einzusetzen, dass diese unsere Forderungen erfüllt werden.

Diesem Auftrag fühlen wir uns weiterhin verpflichtet.

Wir setzen uns tagtäglich dafür ein, dass die Forderungen unseres Parlamentes umgesetzt werden.

Das ist beileibe keine einfache Aufgabe. Das war es nie. Dafür braucht man einen langen Atem.

Seit Jahrzehnten beteiligen sich Politiker aller Parteien an dieser Überzeugungsarbeit.

Und zwar mit sichtbarem Erfolg.

Unsere Zuständigkeiten wurden stetig erweitert.

6 mal durch erfolgreiche Verhandlungen mit der Wallonischen Region und 6 mal durch eine föderale Staatsreform.

Auch in dieser Legislaturperiode hat die Deutschsprachige Gemeinschaft zahlreiche bedeutende zusätzliche Befugnisse übernommen.

Durch die 6. Staatsreform wurden uns wichtige Befugnisse übertragen  
zum Beispiel  
im Bereich der Seniorenpflege, der Krankenhäuser,  
der Gesundheitsprävention,  
der Justiz und nicht zuletzt die Kinderzulagen.

Alleine durch die 6. Staatsreform stieg unser Haushaltvolumen um 50 %. Eine riesige Herausforderung für uns alle.

Hinzukam in dieser Legislaturperiode grundlegende zusätzliche Befugnisse in der Arbeitsmarktpolitik, die uns die Wallonische Region nach erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungen übertragen hat.

Kolleginnen und Kollegen,

In der eben erwähnten Resolution vom 06. Mai 2002  
in Bezug auf die Ausübung regionaler Zuständigkeiten  
wurde schon vor 15 Jahren parteiübergreifend festgehalten,  
welche Zuständigkeitsbereiche wir in Anwendung von Artikel 139 der Verfassung  
prioritär von der Wallonischen Region übernehmen wollen:

- Die Raumordnung und den Urbanismus;
- Die Provinzzuständigkeiten;
- Der Wohnungsbau
- Den regionalen Straßenbau mit Ausnahme der Autobahnen

Und es macht aus unserer Sicht absolut Sinn,  
um die Frage des Kollegen Lambert zu beantworten,  
dieser Prioritätenliste den Bereich der ländlichen Erneuerung hinzuzufügen.

Darüber habe ich bereits erste Gespräche mit Vertretern der der wallonischen Regierung geführt.

Ja, es stimmt, mit der Wallonischen Region stehen uns in den nächsten Monaten interessante und spannende Gespräche bevor.

Und ja, es stimmt : das ist sowohl für die neue wallonische Regierung als auch für uns selbst eine sehr große Herausforderung, in die wir sehr viel Zeit und Energie werden investieren müssen.

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft begrüßt ausdrücklich die angekündigte Bereitschaft der wallonischen Regierung, uns die Befugnisse Wohnungsbau, Raumordnung und Energie zu übertragen.

Aber auch ich teile die Einschätzung – das hatte ich der nationalen Presse schon vor der Sommerpause bestätigt - das die verbleibende Zeit für diese überaus komplexen und technisch komplizierten Verhandlungen sehr eng bemessen ist.

Die Verhandlungen zur Übertragung des Wohnungsbaus waren glücklicherweise schon vor dem Regierungswechsel in Namur weit fortgeschritten.

Ich zweifle nicht daran, dass wir fristgerecht zu einem erfolgreichen Abschluss kommen werden.

Und ich gehe in der Tat davon aus, dass es gelingen wird, diesen Bereich um energiepolitische Angelegenheiten zu erweitern.

Dazu gibt es bereits einen Grundkonsens.

Die Forderung nach Übertragung der Raumordnung und des Urbanismus erheben wir schon sehr lange – und zwar parteiübergreifend – mit Ausnahme von VIVANT natürlich.

Die Raumordnung ist ein außerordentlich wichtiges Instrument zur Gestaltung einer kohärenten Regionalentwicklungspolitik.

Sie ist komplementär zu unseren bisherigen Zuständigkeiten und sie bietet uns hochinteressante Gestaltungsmöglichkeiten.

Bereits in der letzten Legislaturperiode wurden hierfür wichtige Vorbereitungsarbeiten geleistet.

Der 100 Seiten umfassende Berichte der AG Raumordnung vom Januar 2012, an dem Vertreter aller Gemeinden, aller Parlamentsfraktionen, des WSR und der WFG mitgearbeitet haben, sowie das diesbezügliche Gutachten des WSR vom 27.03.2012 geben uns richtungsweisende Orientierungshilfen für eine maßgeschneiderte Gestaltung der Raumordnungspolitik.

Trotzdem haben wir nicht mehr damit gerechnet, dass die Wallonische Region noch in dieser Legislaturperiode auf unsere Forderung nach Übertragung der Raumordnung eingehen würde.

Das muss man offen sagen.

Uns ist bewusst, dass die Zeit für diese Verhandlungen knapp ist.

Aber wir sind sehr dankbar, dass uns jetzt eine Tür geöffnet wurde.

Das ist eine große Chance für uns.

Und wir werden alles tun, um diese Chance zu nutzen.

Ich habe deshalb mit meinem neuen Amtskollegen Willy Borsus vereinbart, dass wir diese Verhandlungen jetzt unmittelbar aufnehmen.

Wir haben uns während der Sommerpause bereits darauf vorbereitet und eine entsprechende Arbeitsgruppe eingerichtet.

**Unser Ziel ist  
noch vor den nächsten Wahlen  
die notwendigen Übertragungsdekrete in den jeweiligen Parlamenten zu verabschieden  
und damit die Raumordnung definitiv und rechtskräftig zu übernehmen.**

Selbstverständlich ist es in dieser Legislaturperiode nicht mehr möglich  
– und übrigens auch nicht notwendig –  
ein eigenes Raumordnungsgesetzbuch für unsere Gemeinschaft zu erarbeiten.

Das wird Aufgabe der kommenden Regierung sein.

Bis dahin wird die wallonische Gesetzgebung anwendbar bleiben.  
Das werden wir im Übertragungsdekret so festhalten.

Der eben angesprochene Bericht der AG Raumordnung vom Januar 2012  
bietet eine hervorragende Grundlage  
für eine auf die Bedürfnisse unserer Gemeinschaft  
ausgerichtete Raumordnungspolitik.

**Drei Ziele wollen und werden wir mit einer eigenen Raumordnungsgesetzgebung auf  
jeden Fall erreichen :**

eine **drastische Vereinfachung der administrativen Prozeduren,**  
eine Stärkung der **Autonomie unserer Gemeinden**  
und eine **drastische Kürzung der Bearbeitungsfristen.**

Die komplizierten Prozeduren und die langen Fristen  
zum Beispiel bei Baugenehmigungen  
sind derzeit für unseren Standort  
ein handfester **Wettbewerbsnachteil** im Vergleich zu unseren Nachbarn.

Das wollen und das werden wir ändern.

Dabei werden wir uns verstärkt von best practise Modellen im Grenzraum und darüber hinaus inspirieren lassen.

Die Übertragung der Energiepolitik hatten wir bislang in unserer Prioritätenliste nicht angesprochen.

Die Ankündigung der Wallonischen Region, uns diese Kompetenz zu übertragen, war für uns eine Überraschung.

Aber es ist eine willkommene Überraschung.

Es gibt hochinteressante Verbindungen zwischen der Energiepolitik einerseits und den Bereichen Raumordnung und Wohnungsbau andererseits.

Und vor allem:

Wir würden mit dieser Kompetenz endlich über jene Instrumente verfügen, die uns dabei helfen würden, in Sachen Energie zu einer Modellregion zu werden.

Diesen Anspruch haben wir bekanntlich.

Aber zur Wahrheit gehört, dass uns bislang wichtige Befugnisse fehlen, um dieses Ziel zu erreichen.

Das könnte sich durch die Übertragung dieser Zuständigkeit ändern.

Wir haben die Sommermonate genutzt,  
um uns auch auf diese Verhandlungen vorzubereiten.

Eine erste Bestandsanalyse bestätigt,  
dass es sich hierbei um eine unglaublich komplexe Materie  
mit vielen Verästelungen  
und beachtlichen Finanzmitteln handelt.

Wie weit wir in den Verhandlungen zu diesem Thema  
in dieser Legislaturperiode kommen können,  
bleibt abzuwarten.

Eines steht für mich fest:

**Wir werden keine unkalkulierbaren Risiken für unsere Gemeinschaft in Kauf nehmen.**

Der Zeitdruck kann und darf nicht dazu führen, dass Fehler gemacht werden.

**Diese Verhandlungen werden erst dann abgeschlossen,  
wenn wir sicher sein können,  
dass die Rechnung kurz-, mittel- und langfristig stimmt.**

Kolleginnen und Kollegen,

Auch die Ankündigung der Wallonischen Region,  
die Provinzen grundlegend reformieren  
und die Organe der Provinz (Rat und Kollegium) abschaffen zu wollen,  
haben wir mit großem Interesse zur Kenntnis genommen.

Eine solche Reform könnte für unsere Gemeinschaft hochinteressante Perspektiven eröffnen.



Wir erneuern deshalb an dieser Stelle unsere Forderung,  
der Deutschsprachigen Gemeinschaft  
die Provinzzuständigkeiten und –mittel zu übertragen.

Wir bleiben dabei:

Wir wollen provinzfrei werden.

Wir haben der neuen wallonischen Regierung mitgeteilt,  
dass wir alle Verhandlungsangebote sehr gerne annehmen  
und mit der Zusammensetzung der entsprechenden Arbeitsgruppen begonnen.

Erste Treffen werden derzeit terminiert. Sie können schon in Kürze stattfinden.

Ich habe darüber hinaus mit meinem Amtskollegen Willy Borsus vereinbart,  
dass er uns in Kürze besuchen wird,  
um über den Stand der Dinge auszutauschen.

Ich habe nicht geringsten Zweifel daran,  
dass seine Regierung es ernst mit den Kompetenzübertragungen meint.

Im Gegenteil :

Die bisherigen Gespräche waren sehr ermutigend.

Der gute Wille ist allerorts, bei allen Verhandlungspartnern spürbar.

Wir werden zu den Kompetenzübertragungen und zum Stand der Verhandlungen mit der  
Wallonischen Region zum gegebenen Zeitpunkt  
eine getrennte Regierungserklärung hinterlegen.

Selbstverständlich sind wir sehr an einer engen Zusammenarbeit mit dem Parlament interessiert.

Damit sollte sich Ausschuss 1 beschäftigen.

Bei aller Begeisterung, Hoffnung und wohlgemeintem Tatendrang dürfen wir in diesem Zusammenhang Eines jedoch nicht übersehen. Kollege Lambertz hat es angesprochen.

Nicht alle Einwohner unserer Gemeinschaft teilen unsere Begeisterung, neue Kompetenzen zu übernehmen.

Es wäre fahrlässig darüber hinwegzusehen, dass es sehr wohl Menschen in unserer Gemeinschaft gibt, die keine neue Kompetenzen wollen.

Es gibt durchaus auch Menschen, die finden, dass wir jetzt schon zu viele Kompetenzen haben.

Ja, es gibt sogar Menschen, die die Deutschsprachige Gemeinschaft gerne so schnell wie möglich abschaffen würden.

Diese Kritik müssen wir ernstnehmen.

Die Diskussion darüber ist im wahrsten Sinne des Wortes „existentiell“ für die Zukunft unserer Gemeinschaft.

Es ist deshalb wichtig noch einmal in Erinnerung zu rufen:

**Zusätzliche Kompetenzen für die Deutschsprachige Gemeinschaft bedeuten eben nicht zusätzliche Kosten für den Steuerzahler.**

**Zusätzliche Kompetenzen für die Deutschsprachige Gemeinschaft bedeuten auch keinen zusätzlichen Verwaltungsaufwand für den Bürger.**

**Ganz im Gegenteil.**

Mit einer einzigen Ausnahme hat die Wallonische Region uns mit den Kompetenzen, die sie uns in der Vergangenheit übertragen hat, immer genau die Finanzmittel übertragen, die sie selbst vorher in unserem Gebiet für diese Kompetenz ausgegeben hatte.

Nicht mehr und nicht weniger.

Dadurch entstehen also keine Mehrkosten für den Steuerzahler.

Und bislang haben wir noch jede Kompetenz, die uns übertragen wurde, genutzt um Bürokratie abzubauen und Verwaltungsabläufe zu vereinfachen.

Das war schon so mit der Übertragung des Unterrichtswesens.

Wir haben im Bildungsbereich, Hochschulen netzübergreifend zusammengelegt.

Wir haben PMS-Zentren netzübergreifend zusammengelegt.

Wir haben Gemeindeschulen mit staatlichen Schulen fusioniert.

Wir haben die Schullandschaft einvernehmlich mit dem Freien Katholischen Unterrichtswesen neu geordnet, um Doppelangebote zu vermeiden.

Wir haben die Gehaltsbaremen im Unterrichtswesen von 122 auf 4 zu reduzieren.

Wir haben Förderschulen zu einem gemeinsamen Zentrum für Förderpädagogik  
zusammengelegt, um Synergien zu schaffen, usw.

Wir haben unzählige Reformen durchgeführt,  
die anderswo im Land völlig undenkbar sind,  
um Steuergelder effizienter investieren zu können,  
und unnötigen Verwaltungsaufwand abzuschaffen.

Das war auch so, als wir die Gemeindezuständigkeiten übernommen haben.

Wir haben damals die alten bürokratischen Dreijahrespläne,  
die es vorher bei der Wallonischen Region gab  
und unter denen die Gemeinden gelitten haben,  
glatt abgeschafft  
und stattdessen eine unbürokratische und gerechte Straßenbaudotation eingeführt.

Wir haben die Aufsichtsverfahren für unsere Gemeinden drastisch vereinfacht und damit  
Bürokratie abgebaut.

In Zukunft wird beispielsweise auch das Kindergeld auf unserem Gebiet  
nur noch von einer einzigen Kasse - durch das MDG – ausgezahlt.

Das wäre anderswo im Land unvorstellbar.

Dadurch sparen wir allein in diesem Bereich 50% der Verwaltungskosten ein.

So machen wir das mit allen Kompetenzen,  
die wir enthalten.

Sie enthalten keine Geschenke.

Durch neue Kompetenzen werden wir nicht reicher. Das stimmt.

Aber wir nutzen diese Kompetenzen,  
um Abläufe zu vereinfachen,

maßgeschneidert und bürgernah handeln zu können  
und um das Geld effizienter investieren zu können.

So war es immer. Und so wird es auch mit den neuen Kompetenzen sein.

Ganz besonders mit der Raumordnung.

Wie viele Bürgerinnen und Bürger  
haben sich nicht schon über die Verwaltungsabläufe  
bei Baugenehmigungen oder bei der Erweiterung von Gewerbeflächen geärgert?

Wie viele Menschen haben sich nicht schon darüber beschwert,  
dass das in diesem Bereich alles viel zu lange dauert?

Dass das ein Wettbewerbsnachteil ist im Vergleich zu unseren Nachbarn.

Wir sind unter anderem deshalb so begeistert,  
diese Zuständigkeit übernehmen zu dürfen,  
weil wir genau das dann endlich ändern können.

Mir wisst bewusst,  
dass einige befürchten,  
mit der Übertragung neuer Zuständigkeiten könnten hierzulande  
Willkür, Vetternwirtschaft und Klüngel entstehen.

Argument : die Politiker seien hierzulande zu nahe an den Bürgern.

Prominenter Vertreter dieser These ist Herr Balter.

Ich nehme das zur Kenntnis, bin aber zutiefst vom Gegenteil überzeugt:

**Mehr Befugnisse für die Deutschsprachige bedeutet nicht mehr Vetternwirtschaft,  
sondern mehr Bürgernähe, Bürgerbeteiligung und aktive Demokratie.**

**Mehr Befugnisse für die Deutschsprachige Gemeinschaft bedeutet nicht mehr Klüngel sondern mehr Transparenz, Kontrolle und Rechtfertigungsdruck.**

Kollege Balter,

auf welche Erfahrungswerte berufen Sie sich denn,

wenn Sie behaupten

die Gefahr von Klüngel, Vetternwirtschaft, Willkür und Machtmissbrauch

seien in der Deutschsprachigen Gemeinschaft grösser

als in der Wallonischen Region?

Entspricht das wirklich Ihrer Wahrnehmung?

Wir verfügen schon heute bereits 2/3 aller gliedstaatlichen Zuständigkeiten.

Hatten Sie wirklich den Eindruck,

dass es dabei in der Deutschsprachigen Gemeinschaft mehr Skandale gegeben hat

als in der Wallonischen Region?

Wir sind zum Beispiel für die Aufsicht über die Interkommunalen zuständig.

Sind Sie davon überzeugt,

dass es in unseren Interkommunalen mehr Vetternwirtschaft, Machtmissbrauch und

Selbstbereicherungen gegeben hat

als in den Interkommunalen,

für die die Wallonische Region oder auch die Region Brüssel zuständig sind?

Das Gegenteil ist der Fall. Und ich glaube, das weiß auch jeder.

Nirgendwo sind Transparenz und Kontrolle

so engmaschig und so intensiv wie bei uns.

Und zwar gerade weil es diese Nähe zwischen Politik und Bürger gibt.

Gerade weil unser Gebiet und die betroffenen Institutionen klein und im wahrsten Sinne überschaubar sind, würden Vetternwirtschaft und Klüngel sehr viel schneller auffallen als anderswo.

Nirgendwo außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden die Kosten jeder einzelnen Auslandsreise jedes einzelnen Ministers und sogar jedes einzelnen Mitarbeiters des Ministeriums veröffentlicht, auf den EUROCENT genau und mit allen Details.

Diese Form der Transparenz und Kontrolle gibt es nirgendwo sonst in Belgien.

Wir veröffentlichen 4 mal pro Jahr den Gesamtschuldenstand unserer Gemeinschaft und berücksichtigen dabei sogar die kurzfristigen Kredite und Leasings.

Das macht sonst niemand.

Wir geben transparent Auskunft über die Gehälter aller Minister und Kabinettsmitarbeiter.

Das macht keine andere Regierung in Belgien.

Wir veröffentlichen transparent die Kosten jedes Sommerfestes und all unserer Veranstaltungen.

In anderen Gliedstaaten unseres Landes werden solche Fragen bei weitem nicht immer beantwortet. Schon gar nicht fristgerecht.

Wir gewähren dem Rechnungshof einen automatischen Online-Zugang zur Ausführung unseres Haushaltes,  
damit er alles kontrolliert werden kann.

Das gibt es anderswo nicht.

Und glauben Sie mir,  
der Rechnungshof nimmt seinen Kontrollauftrag sehr genau.

Hier wird, zurecht, wirklich alles kontrolliert.

Das ist möglich,  
weil unserer Haushalt vergleichsweise überschaubar ist.

Anderswo wäre das in dieser Detailschärfe gar nicht möglich.

Hierzulande kann ein einziger Leserbrief in der einzigen Tageszeitung,  
oder ein Bericht im einzigen öffentlichen Radiosender,  
ja sogar ein einziger Kommentar im Internet  
ein ganzes Kontrollsystem in Gang setzen.

Das ist in größeren Gebietskörperschaften kaum vorstellbar.

Natürlich kann auch in Ostbelgien  
Amtsmissbrauch nicht definitiv für die Ewigkeit ausgeschlossen werden,  
aber unsere Kleinheit ermöglicht in jedem Fall  
eine transparentere,  
unmittelbarere und intensivere Kontrolle als in größeren Gebieten,  
wo Verwaltungsstrukturen undurchsichtiger  
und Entscheidungsträger  
zwangsläufig viel weiter von der kritischen Beobachtung des Bürgers entfernt sind.